

**ERKLÄRUNG KLEINER UND MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN  
zum Entschließungsantrag des Landes Schleswig-Holstein im Bundesrat  
(BR-Drucksache 47/19)**

**KLIMASCHUTZ IN DER MARKTWIRTSCHAFT**

**Für ein gerechtes und effizientes System der Abgaben und Umlagen im Energiebereich**



Mit Vernunft handeln.



NLF - GmbH  
Naturstoff- und Dienstleistungszentrale  
Land und Forst



**ÖKOBIT**  
Die Biogasexperten

Erste Biogas Ocholt GmbH & Co.KG



FRITZ  
**PAUMICHL**  
GMBH

8.2 | The Experts in  
Renewable Energy



Windkraft  
Dumte GmbH & Co. KG



Westfalen**WIND**  
Projekte

**EVK**  
Enser Versicherungskontor

**ExTox**  
Gasmess-Systeme GmbH

**GASS**

**GICON**  
Großmann Ingenieur Consult GmbH



HarbourDom

**INREETEC** GmbH

**i-Puk**  
INTERAKTION PARTIZIPATION KOMMUNIKATION

**Jehle**  
Bioenergie Winterbach GbR

die energie **landwerker**

**LEIWES**  
KAFFEE  
RÖSTEREI MIT TRADITION



Lackmann  
Phymetrie

**naturstrom**  
ENERGIE MIT ZUKUNFT

**SL NATURENERGIE**  
UNTERNEHMENSGRUPPE

**reko**  
Windenergie-Analysen



Schnackenberg GmbH  
Biogasanlage Nährstofflieferant

**ServiceUnion**

**streisal**  
DIE RÜHRWERKPROFIS

**STIEBEL ELTRON**  
Technik zum Wohlfühlen

**VPT**  
VPT Kompressoren GmbH

**WASSERKRAFTVERBAND**  
MITTELDEUTSCHLAND e.V.

Westfalen**WIND**

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung von kleinen und mittelständischen Unternehmen aus ganz Deutschland, weisen nachdrücklich darauf hin, wie wichtig eine Reform von Steuern und Umlagen im Energiebereich ist. Entschiedene Maßnahmen sind unverzichtbar, um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen und die europäischen und internationalen Verpflichtungen Deutschlands in der Welt glaubhaft zu erfüllen.

**Wir fordern daher die Bundesländer dazu auf, dem Entschließungsantrag der CDU – FDP – Bündnis 90 / Die Grünen geführten Landesregierung von Schleswig-Holstein zuzustimmen, vom Bund eine zügige Reform der Steuern und Umlagen im Energiebereich unter Berücksichtigung aller bereits vorliegenden Reformvorschläge zu verlangen.**

Mit einer Reform der Energiesteuern können aus unternehmerischer Sicht folgende Ziel erreicht werden:

**1. Eine Energiesteuerreform ist die Grundlage für eine CO<sub>2</sub>-arme und zukunftsfähige Wirtschaft.**

Eine Reform der Steuern und Umlagen im Energiebereich stellt die ökonomische Grundlage für Unternehmen dar, verantwortungsvoll und nachhaltig mit Energie umzugehen sowie Investitionen an CO<sub>2</sub>-armen Technologien auszurichten. Investitionen werden durch wirksame Preise auf CO<sub>2</sub> mittel- und langfristig plan- und kalkulierbar. Sie legen den Grundstein für Investitionen in eine kohlenstoffarme Infrastruktur, Technologien und Produkte die dafür sorgen, dass Treibhausgase dort reduziert werden, wo dies besonders kosteneffizient möglich ist.

**2. Der Abbau von Bürokratie löst erst die notwendigen Investitionen und Innovationen aus.**

Um in alle Sektoren verstärkt Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien und in Energieeffizienz zu lenken müssen die gesetzlichen Regelungen, Ausnahmen und Meldepflichten vereinfacht und reduziert werden. Sinnvoll ausgestaltet, können mit einer Reform der Energiesteuern und -umlagen viele der bestehenden Ausnahmeregelungen und Meldepflichten entfallen und so die Energiewende beschleunigen. Unternehmen werden angereizt, zügiger und zielgerichteter in klimafreundliche Wertschöpfung zu investieren und damit zusätzliche Innovationen angeregt.

**3. Mit einem wirksamen CO<sub>2</sub>-Preis auf fossile Energieträger können Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für den Klimaschutz und die Energiewende gerecht werden.**

Als Unternehmen wollen wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung für Klimaschutz und die Energiewende in Deutschland gerecht werden. Wir sind uns daher bewusst, dass sich die Wirtschaft stärker an den Klimaschadenskosten beteiligen muss. Um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen sollte eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung für alle Sektoren gelten. Bei einer wirksamen Ausgestaltung können gerade kleine- und mittelständische Unternehmen profitieren, die über 80 Prozent der Bruttowertschöpfung und der Arbeitsplätze in Deutschland ausmachen.

Um einen fairen Wettbewerb auch für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, zu gewährleisten, bedarf es entsprechender Ausgleichsmechanismen, um die Verlagerung von Arbeitsplätzen, Investitionen und Treibhausgasen in andere Länder zu verhindern. Bei einer sinnvollen Ausgestaltung können wirtschaftliche und auch soziale Verwerfungen aufgefangen und kompensiert werden. Dafür ist eine aufkommensneutrale Reform der Steuern und Umlagen im Energiebereich von Nöten, welche die Einnahmen zur Gegenfinanzierung bestehender Steuern und Umlagen verwendet.

**Wir – die unterzeichnenden Unternehmen dieser Erklärung – bekräftigen unsere Absicht, der Erderhitzung entschlossen entgegen zu treten. Neben unseren eigenen Investitionen in und Maßnahmen zum Klimaschutz benötigen wir einen investitionsfreundlichen unbürokratischen und anreizorientierten Marktmechanismus von Preisen auf Treibhausgasemissionen!**